

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raben & Camp, Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Redaktion:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altfeld

Bezugspreis einschließlich Bringertohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonntagsnummer 300.— M.
Einschreibungs-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettnerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettnerplatz 10. Tel. 25261.
Schäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige Kompositorenzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die 3-spaltige Kompositorenzeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienangehörige, Straßen- u. Mietzettel 40 Proz. Rabatt. Adr. Verzeichnis 150 M.

Nr. 112

Dresden, Mittwoch den 16. Mai 1923

34. Jahrg.

Moskau als Schiedsrichter

Bekanntlich haben sich in der letzten Zeit die Gegensätze innerhalb der kommunistischen Partei sehr scharf ausgeprägt. Die Opposition, die besonders von Maslow und Michailow geführt wird, stand in starkem Gegensatz zur Zentrale der Partei, an deren Spitze Heinrich Brandler und Paul Böttcher stehen. Von der Linken wurde der Führung vorgeworfen, daß sie dabei sei, in das reformistische Lager überzuliegen. Die Gegensätze sind offenbar so scharf geworden, daß man sich nicht trauere, allein in Deutschland mit ihnen fertig zu werden, und so fuhr man denn nach Moskau, um die dortige Exekutive der 3. Internationale als Schiedsrichter anzurufen. Herausgekommen ist eine drei Spalten lange phrasenreiche Resolution, auf die sich die beiden streitenden Teile „verständnisvoll“ haben. Wie lange diese Verständigung anhalten wird, bleibt abzuwarten. Der Zweikampf ist der kommunistischen Partei zu sehr im Leibe und die inneren Ursachen der Differenzen liegen so tief, daß eine Ueberbrückung des Gegenstandes durch noch so schöne Resolutionen nicht erreicht werden kann. Die kommunistische Partei ist zunächst eingekesselt auf den großen Tag der Weltrevolution, der die Diktatur des Proletariats bringen soll. Was vorher geschieht, das dient nach der kommunistischen Theorie eigentlich nur zur Vorbereitung für die große Schlacht. Dieser Grundanschauung entspricht es, wenn die Tätigkeit der kommunistischen Partei weniger darauf gerichtet wäre, schon heute praktische Erfolge für das Proletariat herauszuholen. Nach der Theorie müssen die Kommunisten, wie das auch ihre Rufe tut, vor allem Wert darauf legen, die Sozialdemokratie zu zerstückeln, um die Arbeitermassen in das kommunistische Lager hinüberzuführen.

Über die kommunistische Partei ist in Deutschland so stark geworden, daß sie sich der praktischen politischen Arbeit nicht ganz entziehen kann. Kommunisten sitzen im Reichstag, in den Landtagen und in den Gemeindevorständen. In einem demokratischen Staatswesen ist es einer Partei, auch wenn sie noch so viel mit revolutionären Phrasen herumwirft, nicht möglich, sich der praktischen Arbeit zu entziehen, sobald sie eine gewisse Größe erreicht hat. Wer aber eine derartige Arbeit leistet, lernt dabei, ob er will oder nicht. Er sieht die Dinge nüchtern und praktisch und so ist es unausweichlich, daß ein Teil der Partei in einen inneren Gegensatz zu den kommunistischen Heilslehren kommt. Bei den Leuten, Gelehrter usw. ist diese Entzweiung so weit gegangen, daß sie die kommunistischen Partei verlassen und zur Sozialdemokratie zurückkehrten. Viele aber von denen, die geblieben sind, suchen durch Redensarten den Gegensatz zwischen Praxis und Theorie zu beseitigen, ohne daß ihnen das recht gelingt und ohne daß sie damit bei den Führern der rechten Lehre den nötigen Glauben finden.

Moskau hat starkes Interesse daran, eine neue Verpflichtung der deutschen kommunistischen Partei zu vermeiden, und darum behandelte man die Zentrale der R. V. D. recht mild, machte dafür aber auch den Leuten von links Zugeständnisse. Der deutsche Zentrale der R. V. D. wird zwar gesagt, daß sie es bei ihrer im allgemeinen richtigen Politik nicht immer verstanden habe, die Gefahren von rechts rechtzeitig zu bekämpfen, dann aber wird ihr bescheinigt, daß nichts in der Tätigkeit der Zentrale Anlaß gäbe, bei ihr eine Politik der Anzuehrung an das Bürgerium zu vermuten oder zu befürchten.

Um was es sich für die Linksoption handelt, wird in der Resolution deutlich ausgesprochen. Es heißt dort: Die durch die Berliner und die Hamburger Bezirksleitung vertretenen proletarischen Kreise befürchten, daß die Partei, indem sie um die einseitigen Interessen der Arbeiterklasse kämpfe, sich in eine reformistische Partei verwandeln wird, und daß die Einheitsfronttaktik ein Mittel darstelle zur langsamen Annäherung einer Verständigung mit der Sozialdemokratie auf dem Boden des gemeinsamen Kampfes um die nächsten Arbeiterinteressen. Die Angst vor der inneren Umwandlung, die die Linksoption an der praktischen politischen Arbeit mit sich bringt, leitet also die Linke der R. V. D. bei ihrem Widerstand gegen die Zentrale. In der Resolution wird aber festgestellt, daß die positive Anklage gegen die Zentrale und die Mehrheit der Partei, ihre Politik führe zur Liquidation der kommunistischen Staatstheorie, grundlos sei. In Moskau ist also damit im großen und ganzen die Haltung der Zentrale gebilligt worden.

Mit dem Verlassen der R. V. D. in der sächsischen Frage scheint man in Moskau nicht ganz einverstanden zu sein. Aber auch hier ist der Tadel denkbar mild und die Ausführungen sind reich an allerhand gewundenen Redensarten. Es wird in der Resolution unter anderem gesagt:

In der sächsischen Frage hat es die R. V. D. verstanden, durch richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik die sozialdemokratischen Arbeitermassen von der Schädlichkeit der Koalition mit der Bourgeoisie zu überzeugen. Leider verstand sie es nicht, im vornherein den Kampf um die sächsische Arbeiterregierung in den Rahmen des Kampfes um die Reichsarbeiterregierung zu führen. Sie war nicht stark genug, um die Arbeiterklasse in Sachsen soweit in Bewegung zu bringen, daß aus ihrem revolutionären Kampfe eine revolutionäre Koalitionsregierung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter entstehen konnte, die den Namen der Arbeiterregierung verdienen würde. Die Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung auf Grund konkreter Bedingungen, die einen Schritt vorwärts bedeuten, war damit das einzige Mittel, das 1. und die Verbindung mit den sich in Gärung befindenden

sozialdemokratischen Massen garantierte und 2. gleichzeitig und nicht die volle Verantwortung für die sozialdemokratische Regierung auferlegte. Die Lage der sächsischen sozialdemokratischen Regierung ist eine außerordentlich gefährliche. Bekämpft von dem rechten Flügel der Sozialdemokratie, der den Parteiparagrafen in den Händen hat, bedroht von den Reichsbehörden, kann sie sich in ihrer jetzigen Politik nicht völlig auf die revolutionären Arbeiter stützen, denen sie zu wenig bietet. Deshalb wird sie entweder nach rechts schwenken, was unsere Partei zwingen wird, mit ihr zu brechen und die Frage der Bildung einer revolutionären Arbeiterregierung von neuem vor den Massen zu stellen, oder sie wird genötigt sein, die Massen in den Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen, was wiederum die R. V. D. vor große Aufgaben stellt. Damit gelangt auch die R. V. D. in eine Gefahrenzone.

Die Gefahr besteht darin, daß die Partei durch das Brechen, die Kämpfe hinauszuführen, sich mit der Verantwortung für die Politik der Sozialdemokratie belastet, falls diese die Interessen der Arbeiterklasse im Stiche läßt. Die Gefahr besteht auch darin, daß sie nicht imstande ist, im ganzen Reich genügend Massen zu mobilisieren für die Unterstützung des Kampfes des sächsischen Proletariats gegen die Reichsregierung, falls die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter ihre Partei zwingen, zusammen mit den Kommunisten wirkliche Arbeiterpolitik zu treiben. Ohne die Möglichkeit der Landesregierungen zu unterstützen, ohne die Möglichkeit aus dem Auge zu lassen, daß angeht die Wägen des Faschismus die Landesregierungen in den Händen, wo das Proletariat schon jetzt auf demokratischem Wege die Mehrheit in den Parlamenten vertretungen hat (Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Dampf), zu Wellenbrechern der konterrevolutionären Gefahr und zum Ausgangspunkt neuer Kämpfe werden können, richtet die Exekutive die Aufmerksamkeit der R. V. D. darauf, daß die Frage der Arbeiterregierung im Rahmen einzelner Länder nicht befriedigend gelöst, daß umgekehrt die Gefahr droht, daß die Lösung der Arbeiterregierung einzelner Länder kompromittiert werden kann. Deshalb ist es eine Lebensaufgabe der Partei, schon jetzt die Drohung mit der Reichsregierung gegen die sozialdemokratische sächsische Regierung und die Gefahr des Faschismus im ganzen Reich auszunutzen zu einer breiten energischen Kampagne für die Reichsarbeiterregierung. Nur indem die breiten Arbeiterinteressen im ganzen Reich sich zusammenschließen zum Kampf gegen die bürgerliche Reichsregierung, für die Bildung der Arbeiterregierung, werden sie auch den Willen finden, die Anzeichen der Konterrevolution gegen die Kampfpositionen der Arbeiterschaft abzuwehren, die bereits in einzelnen Ländern begonnen werden könnten.

Es ist also das Bestreben der kommunistischen Partei, die Unterstützung der sächsischen Regierung damit zu rechtfertigen, daß man den gegenwärtigen Zustand nicht mehr als einen Uebergangszustand betrachtet, der die kommende Arbeiterregierung vorbereiten soll. Man scheint sich aber auch darüber nicht im Klaren zu sein, daß eine solche Arbeiterregierung nicht ohne Kampf gegen das Reich zu haben ist. Deswegen redet man von Kampf um die Reichsarbeiterregierung, von dem man ja auch weiß,

daß man sie in absehbarer Zeit nicht bekommt. Ob der jetzige Zustand in Sachsen wirklich nur ein Uebergangszustand sein wird, hängt freilich nicht nur von einer in Moskau ausgehenden Resolution ab, sondern auch von dem Willen der sächsischen Arbeiterschaft. Ganz so einfach dürfte es für die Kommunisten nicht sein, noch einmal eine rein sozialistische Regierung in Sachsen zu stützen. Schließlich wird auch ein großer Teil der Arbeiter, die heute der kommunistischen Partei angehören, zu vernünftig sein, um einen derartigen für das sächsische Proletariat recht gefährlichen Sport ruhig mit anzusehen.

Von einem neuen R. V. D.-Parteitag will die Moskauer Exekutive nichts wissen. Die bestehenden Differenzen sollen nur durch die einheitliche Praxis der Partei überwunden werden. Man befürchtet von einem Parteitag, daß er nur den Kampf der Richtungen in allen Organisationen entzweien und die Schlagkraft der Partei in den kommenden Monaten lähmen wird. Die Vertreter der Opposition in der Zentrale sollen durch vier Vertreter verstärkt werden, die von den oppositionellen Organisationen in Berlin, Somburg und Essen vorgeschlagen sind.

Moskau hat also gesprochen und verfiel, daß sich die deutschen Kommunisten zu vertragen haben. Die Sozialdemokratie wird sich nach wie vor mit aller Energie gegen die Zerstückelungsarbeit der Kommunisten wenden, wir müssen aber auch jede Gelegenheit benutzen, um die Kommunisten zur gemeinsamen praktischen Arbeit heranzuziehen. Unsere Aufgabe ist es, die proletarischen Kräfte, die die kommunistische Partei gesammelt hat, wo das nur irgend möglich ist, für das Proletariat nutzbar zu machen.

Verhandlungen über die Antwort

Berlin, 16. Mai. (S. P. D.) Am Mittwoch wird der Reichstag den Etat der Reichskasse in dritter Lesung abschließen. Die Sozialdemokratie will bei dieser Gelegenheit erneut ihre Auffassung über die Verhandlungsfrage durch den Genossen Hermann Müller zur Kenntnis bringen. Vor allem wünscht sie, daß die Regierung schnell und präzise antwortet. Im Vordergrund der Antwort muß die Erörterung der Garantiefrage stehen, aus deren Verhandlung sich unter der Voraussetzung, daß die Regierung endlich zur Erfassung der Sachwerte schreitet, die Höhe der Reparationsleistungen abschätzen läßt. Der Reichskanzler hat die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei für Mittwoch vormittag 9 Uhr zu sich geladen und will um 10 Uhr mit den Vertretern der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft eine Preisprechung über die politische Lage führen. Der Sinn dieser Beratungen ist, die Parteien von einer außerpolitischen Debatte anlässlich der dritten Lesung des Etats der Reichskasse abzuhalten. Die Gründe, die ihn hierzu bewegen, sind nicht bekannt und übrigens auch schwer erklärlich. Die Sozialdemokratie wird deshalb ohne weiteres auf eine Erörterung der außerpolitischen Lage verzichten.

Preußen und der Selbstschutz

Der preussische Innenminister Severing hat mit Entschiedenheit in das deutschpöhlische Verschwörernest eingegriffen und die Auflösung der Deutschpöhlischen Freiheitspartei durchgesetzt. Nunmehr stützen sich seine Gegner auf den Schein des Rechts und die Folge ist, angeht die Situation in Preußen, das Verbot der kommunistischen Hundertschaften. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst berichtet darüber:

Schon seit Wochen fordern die Kommunisten ihre Anhänger zur Bildung proletarischer Hundertschaften auf. In einem Aufruf der kommunistischen Zentraleitung und anderer kommunistischer Organisationen vom 16. Mai wird diese Forderung erneut aufgestellt. Tatsächlich sind bereits an verschiedenen Orten proletarische Hundertschaften gebildet worden und in Tätigkeit getreten. Der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, hat jetzt durch Erlass vom 12. Mai die proletarischen Hundertschaften aufgelöst. In der Begründung heißt es, daß sich die Hundertschaften durch Ausübung polizeilicher Befugnisse, wie Streifenpatrouillen und Postendienst verbunden mit Verhaftung und Kontrolle von Personalausweisen der Straßpassanten, teilweise unter gewalttätiger Aufsicht der bezweifelten Sicherheitsorgane staatliche Hoheitsrechte anmaßen. Nach der Begründung des preussischen Ministers des Innern sollen die kommunistischen Hundertschaften dazu ausgerufen sein, einen offenen Kampf vorzubereiten und zu führen. Diese Auffassung wird gefolgt aus den straffdisziplinären und unter Beobachtung streng militärischer Formen und Kommandos Hundertschaftsform oder in Bataillonen mit Meldeabfahrgeld, und Gesamtschulung zum Zwecke des Beweises für Aktionsfähigkeit veranlasseten Aufmärschen, ihren militärischen Exerzieren und Feldübungen, ihrer wiederholt erwiesenen Alarmbereitschaft und dem von proletarischen Hundertschaften bei verschiedenen Gelegenheiten mehrfach geübten gewalttätigen Vorgehen gegen feindliche Versammlungen und gegen die staatliche Polizei. Hierbei wurde in einigen Fällen die Bewaffnung mit Gummi- und Holzknüppeln sowie mit Schlagrosten festgestellt. Die Begründung sagt weiter, daß nach den Ausweisen der Kommunisten der „Kampf angriffsweise gegen alle nichtkommunistischen Teile des Volkes... und letzten Endes gegen die verfassungsmäßige festgesetzte Regierung“ selbst gerichtet werden soll.

Die preussische Regierung bemüht sich zweifelslos ehrlich, auch die faschistischen Organisationen zu beseitigen, aber

erst wenn ihr dies gelungen, behält sie mit ihrem Vorgehen gegen die kommunistischen Hundertschaften Recht. Auch die sächsische, bayerische und thüringische Arbeiterschaft ist bereit, auf ihren Selbstschutz zu verzichten, wenn die Verdröhung der Republik und vor allem Süddeutschlands von Bayern her beseitigt ist.

Das bayerische Ausnahmegegesetz

München, 15. Mai. (Sig. Droth.) Im Gau-Bauschutz gab der Ministerpräsident am Montag eine Erklärung über die Gründe ab, die zum Erlasse des Ausnahmegegesetzes führten. Der gänzliche Mangel an positivem Inhalt dieser Erklärung konnte auch nicht dadurch erlegt werden, daß Herr v. Arnim der Reichsregierung die Schuld zuschob, die bayerische Regierung zu dem Ausnahmegegesetz indirekt veranlaßt zu haben, weil sie sich trotz allem Drängen von bayerischer Seite nicht dazu entschließen wollte, von sich aus die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wie sie der § 1 der Verordnung enthält. Die Spionageverordnung des Reichspräsidenten vom 4. März übergang der Ministerpräsident mit Stillschweigen. Er behauptete, das Ausnahmegegesetz sei besonders von der Wfsa aus dringend verlangt worden, aber auch der überwiegende Teil der rechtsdenklichen Bevölkerung verlange, daß mit fester Hand das innerpolitische Leben in Bayern in Ordnung gebracht werde. Die bayerische Regierung habe nicht den Weg der württembergischen Eingelassen, die ein Verbot der Sturmtruppen vorzöge. In bezug auf die Geschehen, die der Presse durch die Verordnungen entziehen, versicherte Herr v. Arnim, daß die „ankündigende Presse“ nichts zu befürchten habe. Namens der Bayerischen Volkspartei und der übrigen Koalitionsparteien wurde die Erklärung abgegeben, daß sie mit dem Ausnahmegegesetz vollständig einverstanden sind. Eine äußerst eindrucksvolle Kritik an den Ausführungen des Ministerpräsidenten, des Justizministers und des Ministers Schworer übte Genosse Rohaupter. Seine Kritik wurde in den Antworten der Regierungsmitglieder nicht widerlegt. Ein positives Resultat zeitigte die Aussprache nicht.